

24.01.2017

## Haushaltsrede der SPD-Fraktion zum Doppelhaushalt 2017 / 2018

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,  
Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
Liebe Kolleginnen und Kollegen der Stadtverordnetenversammlung,

wir verabschieden heute den Doppelhaushalt für die Haushaltsjahre 2017 und 2018.

Erfreulich hervorzuheben ist, dass beide Haushaltsjahre mit einem deutlichen Überschuss im Plan abschließen werden. Gerade mit Blick auf die Vergangenheit lässt einen dies als Haushaltspolitiker auch entspannter in die Beratungen einsteigen, die in dieser neuen Wahlperiode der Stadtverordnetenversammlung auch sehr sachlich stattgefunden haben.

In allen Fraktionen mussten neue Stadtverordnete in den Haushalt eingearbeitet werden. Damit liegt ein gutes Stück Arbeit hinter uns. Hier war viel an Wissensvermittlung zu leisten, denn es geht ja nicht nur um die Frage wie ein kommunaler Haushalt funktioniert, sondern auch darum, welche Historie der Hochheimer Haushalt hat und welche langfristigen Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung dazu im Rahmen der Haushaltskonsolidierung im Jahr 2014 beschlossen wurden.

Wie bei meinen vergangenen Haushaltsreden verzichte ich auch diesmal auf die Wiedergabe von Zahlen, die im Gesamtwerk für jedermann nachzulesen sind und werde auf einzelne und für uns Sozialdemokraten wichtige Themenschwerpunkte eingehen.

Wie bereits angesprochen hat die Stadtverordnetenversammlung im Sommer 2014 in mühsamer Detailarbeit eine Haushaltskonsolidierung auf die Beine gestellt. Hier haben wir viele Maßnahmen erarbeitet und beschlossen. Maßnahmen, die auch erst in den späteren Haushaltsjahren greifen werden. So hat die Stadtverordnetenversammlung seinerzeit beschlossen die Sätze für Grund- und Gewerbesteuer in 2017 nochmals deutlich anzuheben.

Laut dieser Beschlusslage sollte die Grundsteuer B auf 430% und die Gewerbesteuer auf 360% angehoben werden. Der vom Bürgermeister im November eingebrachte Haushaltsentwurf sieht zwar eine Erhöhung der Sätze vor, jedoch nicht in dem Maße, wie es von der Stadtverordnetenversammlung in der Vergangenheit beschlossen wurde.

Es ist zwar verständlich, dass der Bürgermeister und Finanzdezernent in seinem Haushaltsentwurf seine eigenen Ideen und politischen Vorstellungen in den Haushalt einbringt, aber das Ignorieren einer bestehenden Beschlusslage der Stadtverordnetenversammlung in diesem Punkt ist sicher nicht der respektvolle Umgang mit der Gemeindevertretung, den wir uns an dieser Stelle vom Bürgermeister gewünscht hätten.

Die Beschlusslage war dem Bürgermeister wohl bewusst, schließlich gibt es zu jeder Abweichung von der Maßnahmenliste der Haushaltskonsolidierung pro Produkt auch ein extra Blatt im Produktbuch, dass auf diese Abweichung nachvollziehbar eingeht.

Bemerkenswert ist an der Stelle leider auch, dass erst auf unsere Aufforderung bei der ersten Lesung des Haushalts im Haupt- und Finanzausschuss hin, eine Sitzung mit den in dieser Wahlperiode verantwortlichen Stadtverordneten für die Haushaltskonsolidierung gesucht wurde. Ich und meine Fraktion hätten uns diesen Schritt vom Bürgermeister insbesondere bei der Frage der Höhe der Steuersätze bereits vor Einbringung des Haushalts gewünscht. Wir haben uns die Arbeit seinerzeit wirklich nicht leichtgemacht. Es war beiden Bürgermeisterkandidaten bereits während der Bürgermeisterwahl klar, dass wir als Stadtverordnetenversammlung hier auch Leitplanken für die Zukunft gesetzt haben über die man auch als direkt gewählter Bürgermeister nicht einfach so hinweggehen kann.

Im Laufe dieser nichtöffentlichen Diskussion hatten wir dann die Chance, die Abweichungen zur Haushaltskonsolidierung gemeinsam zu beraten und intensiver in die Diskussion einzusteigen.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Westedt, ich hoffe Sie gehen bei künftigen Haushaltsberatungen souveräner mit diesem Thema um! Der Verlauf der Beratungen hat doch klar gezeigt, dass mit dieser Stadtverordnetenversammlung eine sachliche Behandlung der Themen sehr gut möglich ist. Eine bilaterale Abstimmung mit ausgesuchten Fraktionsvorsitzenden kann und wird das niemals ersetzen. Wählen Sie bitte in der Zukunft das direkte Gespräch mit der gesamten Gemeindevertretung.

Doch warum ist es nach diesen Beratungen bei den Steuersätzen geblieben? Grundsätzlich kann man sagen, dass die gesamtwirtschaftliche Entwicklung aber auch die in den letzten Jahren beschleunigte Entwicklung in der Stadt Hochheim zu einer besseren Einnahmesituation geführt hat, als das 2014 abschätzbar war. Auch auf der Seite der Gewerbetreibenden hat es positive Veränderungen gegeben, die die Einnahmesituation deutlich verbessert haben.

Wenn man diese positiven Abweichungen bewertet, so kann man auch die Anhebung der Steuersätze weniger intensiv als ursprünglich geplant gestalten. Als Sozialdemokraten sind wir sehr froh, dass insbesondere die Grundsteuer und damit die Belastung für jeden einzelnen Bürger nur sehr maßvoll angehoben werden muss, um die Konsolidierungsziele zu erreichen. Wir sind unseren Partnern – den Grünen – übrigens sehr dankbar dafür, dass wir in der 3. Lesung im HFA den Gewerbesteuersatz auch noch einmal öffentlich diskutieren konnten. Wir sehen es durchaus als gerechtfertigt an, den Gewerbesteuersatz zurzeit nur, wie vom Bürgermeister vorgeschlagen, anzuheben. Wir sind aktuell mitten in der Vermarktung des neuen Gewerbegebietes und haben dank der aktuell positiven Rahmenbedingungen die Möglichkeit weiterhin auch über den Gewerbesteuerhebesatz ein attraktiver Standort zu sein. Aus diesem Grunde konnten wir den Antrag der Grünen nicht unterstützen.

Doch was sind die äußeren Einflüsse auf unseren Haushalt? Neben all den bereits erwähnten Punkten der Haushaltskonsolidierung wird unser Haushalt auch sehr stark von den externen Einflüssen geprägt. Die gute gesamtwirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik hat natürlich einen positiven Einfluss auf unsere Steuereinnahmen. Dann gibt es den kommunalen

Finanzausgleich, der in der Vergangenheit deutlich zu Lasten der Kommunen verändert wurde. Nach dem Urteil des hessischen Staatsgerichtshofes wurde der Finanzausgleich neugestaltet, war aber immer noch nicht für uns Kommunen zufriedenstellend geregelt. Die hieraus folgenden Schlüsselzuweisungen sind für 2017 ff. allerdings deutlich aufgestockt worden. Als verantwortlicher Haushaltspolitiker muss man hier aber das Risiko sehen, dass diese Einnahmen nicht auf Dauer verlässlich sind, was ein Grund ist warum wir den Weg der Haushaltskonsolidierung weiter einhalten.

Ein weiterer positiver Einfluss ist der neue Regionalfonds II, der Hochheim als eine vom Fluglärm betroffene Kommune mit 270 TEUR jährlich für Infrastrukturverbesserungen zur Verfügung steht. Hierdurch sind wir in den nächsten 5 Jahren trotz Konsolidierung und Schuldenabbau in der Lage, diverse Maßnahmen zu finanzieren: Wir können ein neues Jugendhaus bauen und die unglückliche Situation im Haus 1 verbessern. Wir können der Bürgergenossenschaft Hallenbad für weitere 5 Jahre einen höheren Zuschuss als in der Konsolidierung vorgesehen ermöglichen und fördern somit ein besonders erfolgreiches ehrenamtliches Engagement in unserer Bürgerschaft, welches man mit Blick auf die letzten 10 Jahre als einen echten Erfolg im Ehrenamt bezeichnen muss. Aber auch hier gilt: diese Einnahmen sind erstmal nur für 5 Jahre planbar.

Als kommunalpolitischer Evergreen kommt als letzter äußerer Einfluss natürlich die Kreis- und Schulumlage des Main-Taunus-Kreises. Für uns Sozialdemokraten ein leider sehr unerfreulicher Punkt. Unsere Kreistagsfraktion hat im Dezember bei den Haushaltsberatungen im Kreis den Antrag gestellt, die Kreisumlage im Volumen auf das Niveau von 2015 abzusenken. Dies wäre bei den Rücklagen des Kreises durchaus machbar gewesen. Der Landratskandidat der SPD Main-Taunus, Georg Einhaus, stellte bei seiner Haushaltsrede fest: „Es ist nicht Aufgabe des Kreises Rücklagen zu horten“. Für Hochheim hätte dies knapp eine Million mehr in der Kasse bedeutet. Für uns in der SPD-Fraktion stellt sich damit eine Frage: „Welche Interessen vertreten Sie eigentlich im Kreistag Herr Bürgermeister Westedt? Die Hochheimer Interessen waren es bei Ihrer Ablehnung dieses sinnvollen Antrages sicher nicht gewesen!“. Stattdessen gibt sich der Kreistag jetzt einen dritten hauptamtlichen Kreisbeigeordneten. Wir sind der klaren Meinung, dass auch der Kreistag sich an unserer Haushaltskonsolidierung ein gutes Beispiel nehmen kann.

Ein Punkt war uns Sozialdemokraten in diesem Doppelhaushalt besonders wichtig und den haben wir in der 3. Lesung bei der Beschlussfassung über die einzelnen Anträge auch deutlich gemacht: Es kann eigentlich nicht sein, dass die Stadt Hochheim den aus unserer aller Sicht erforderlichen Lärmschutz im Rahmen des Neubaus der Vorlandbrücke der BAB 671 vollumfänglich, samt den sicher nicht geringen Folgekosten für die Bauwerksunterhaltung, zahlen soll. Wir haben uns daher dafür stark gemacht, die Verpflichtungsermächtigung auf einen symbolischen Betrag zu korrigieren, damit wir den Bürgerinnen und Bürgern die Chance geben können, in diesem Jahr über die Notwendigkeit dieser Investition zu entscheiden, ohne dass wir im Haushalt dafür eine politische Vorentscheidung getroffen haben. Wir halten es schlicht für ein Unding, dass wir als Kommune den Lärmschutz für den eigentlichen Verursacher bezahlen sollen. Vermutlich kommt die Landespolitik demnächst noch auf die Idee, dass wir aus der Gemeindegasse den Airlines am Frankfurter Flughafen Zuschüsse zu leiseren Triebwerken zukommen lassen, um auch hier am Lärmschutz zahlend mitzuwirken. Das ist eine verantwortungslose Entwicklung, wenn Lärmopfer auch noch zur Kasse gebeten werden.

Als letzten Punkt möchte ich noch erwähnen, dass wir gerne zugunsten der Jugendarbeit der Hochheimer Vereine von einer Maßnahme der Haushaltskonsolidierung abgewichen sind. Wir werden 2017 und 2018 die Mittel der Vereinsförderung für Jugendliche um 4.000 EUR pro Jahr

erhöhen. Wir Sozialdemokraten empfinden es nur gerecht, dass wir in dieser insgesamt erfreulichen Haushaltslage das besondere Engagement der Hochheimer Vereine in der Jugendarbeit unserer Stadt etwas besser unterstützen können. Allerdings ist uns völlig unverständlich warum die CDU – Fraktion in diesem Fall sich dogmatisch verhält und nicht von der Haushaltskonsolidierung abrücken will, obwohl wir durch andere Veränderungen, wie der gerade von mir aufgezählten Steuersätze, in erheblichem Umfang und sehr pragmatisch auf Einnahmen verzichten. Der Vorschlag von der FWG hierzu war sehr hilfreich. Wir werden im Laufe des Jahres prüfen, ob wir die Vereinsförderung dauerhaft erweitern oder erstmal nur vorübergehend.

Die SPD-Fraktion wird dem Haushalt gemäß der Beschlussempfehlung aus dem Haupt- und Finanzausschuss zustimmen. Wir danken den MitarbeiterInnen der Verwaltung und insbesondere Herrn Petry für die Aufarbeitung und Begleitung unserer Haushaltsberatungen.

Marcus Hesse  
Fraktionsvorsitzender